

NEWSLETTER

AUSGABE NOVEMBER





LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in meinem heutigen Newsletter finden Sie auch einen **Beitrag zur Brüsselreise**, welche ich Ende November mit dem **Landtagspräsidium** unternommen habe. Es wird immer deutlicher: die nächste Europawahl ist unsere Schicksalswahl. Die **rechtsnationalen Kräfte verbinden sich zunehmend zu destruktiven Bündnissen**, auf der Liste der AfD-Kandidaten zur Europawahl stehen viele, welche die EU abschaffen wollen. Das Credo: Rückkehr in nationale Einzelstaaten und die Abschaffung des Euro.

Die **SPD war immer eine Europapartei, keine andere Partei hat den Gedanken der „Vereinigten Staaten von Europa“ schon vor sehr langer Zeit formuliert**. Die aktuellen Probleme bei der Aufstellung unserer Bundesliste zur Europawahl und die schlechte Berücksichtigung unserer beiden **Abgeordneten Evelyne Gebhardt und Peter Simon** ist vor diesem Hintergrund völlig inakzeptabel. Dazu ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Beide gehören zu den Top 10 der deutschen Abgeordneten und sind wichtig für uns als Partei, wie für das gesamte Parlament. Aber egal, ob wir mit unserem Protest erfolgreich sind: vergesst bitte nicht neben der **Kommunalwahl diese wichtige Europawahl**. Sie muss überall miterwähnt und mitgedacht werden. Auch in dieser Ausgabe finden Sie wieder einen Beitrag zu **„Europa – was geht das mich an“**.

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sarah Wölfel'. The signature is fluid and cursive, written over a white background.

FAHRT IN DEN LANDTAG

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT



Über 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Emmendingen sowie 300 weitere Gäste aus dem ganzen Bundesland sind meiner Einladung zur Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Frauenwahlrecht“ in den Landtag von Baden-Württemberg nach Stuttgart gefolgt.

Nach der Abfahrt um 11:00 Uhr in Emmendingen, erreichten die vielen Interessierten aus dem Landkreis Emmendingen am frühen Nachmittag die Fraktionsräume der SPD-Landtagsfraktion und nutzten die Gelegenheit für ein gemeinsames Gespräch mit mir im Sophie-Scholl-Saal.

Energiepolitik, Jugendbeteiligung und Parteienfinanzierung - zahlreiche Themen wurden angesprochen und diskutiert.

Am Abend folgte die von mir initiierte und organisierte öffentliche Jubiläumsveranstaltung im Plenarsaal

des Landtages anlässlich des vor 100 Jahren (am 12. November 1918) von den Sozialdemokraten eingeführten Frauenwahlrechtes mit der Festrednerin und Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Katarina Barley MdB. Der Abend entpuppte sich als kleine Zeitreise: "Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf", betonte die damalige SPD-Politikerin und spätere AWO-Gründerin Marie Juchacz (1879-1956) im Jahre 1919 gleich zu Beginn ihres Redebeitrages. Zum ersten Mal in Deutschland hielt damals eine Frau eine Rede vor einem demokratisch gewählten Parlament.

Rosa Grünstein (ehemalige MdL) trug die Rede Juchacz vor und ermöglichte den über 350 Zuhörer*innen damit Einblicke

in längst vergessene Zeiten. Dass Rechtsstaat und Gleichberechtigung noch immer nicht selbstverständlich seien, betonte auch Justizministerin Barley in ihrer Festrede. Zudem appellierte die Ministerin an die vielen engagierten Frauen sich einzubringen und ihren Platz einzufordern, in der häufig von Männern dominierten Politik. Doch es dürfe nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Dort wo Parität nicht möglich gemacht wird, müsse der Gesetzgeber tätig werden. „Die Welt wird besser mit mehr Frauen an der Spitze, davon bin ich überzeugt und dafür treten wir jetzt gemeinsam ein!“, so Barley unter tosendem Applaus. In meiner Rede betonte ich, dass wir neue Rollenbilder brauchen und Männer bereit sein müssen, Macht abzugeben und gemeinsam mit den Frauen andere Wege zu gehen.



Um kurz vor Mitternacht erreichten die Teilnehmer*innen der Stuttgartfahrt dann den Landkreis Emmendingen. Die Eindrücke reichten von „sehr gelungene Veranstaltung“ bis hin zu „absolut begeistert“. „Großartig! Das erste Mal im Landtag und dann gleich bei einem so bedeutenden Ereignis!“, fasste eine der Teilnehmer*innen die Fahrt zusammen.

REISE NACH BRÜSSEL

PRÄSIDIUM DES LANDTAGES



Ende November war ich als Mitglied des Landtagspräsidiums für mehrere Tage in Brüssel. Die Wichtigkeit und Bedeutung der EU auch für unser Bundesland sollte mit diesem Besuch zum Ausdruck gebracht werden.

Neben einem Treffen mit EU Kommissar Günther Oettinger hatten wir Gespräche mit Vertreter*innen der Fraktionen aus dem Europaparlament, mit Referatsleitungen der Landesvertretung Baden-Württemberg und mit verschiedenen Vertreter*innen der EU-Kommission.

Schwerpunkt war die Vorbereitung für den mehrjährigen Finanzrahmen von 2021-2027. Dieses Thema ist für uns als Bundesland von immenser Bedeutung, denn es geht um die Verteilung von EU-Mitteln für Bereiche wie die Kohäsions- und Agrarpolitik, Forschung und Wissenschaft, Landwirtschaft und natürlich dem

erfolgreichen Austauschprogramm Erasmus+. Aber auch die Folgen des Brexit waren bei jedem Gespräch Gegenstand des Austausches. Das Vereinigte Königreich wird am 29. März 2019 um Mitternacht die Europäische Union verlassen. Das bedeutet vor allem, dass sich die Unternehmen in der EU darauf vorbereiten werden und müssen. Entsprechende Verwaltungsmaßnahmen müssen getroffen werden, um Störungen der Geschäftsabläufe zu vermeiden. Auf jeden Fall bleibt es spannend. Eines aber steht schon fest: die Brexitverhandlungen waren für einige EU Staaten derart abschreckend, dass momentan wohl kein weiterer Mitgliedsstaat einen Austritt in Erwägung zieht.

BLITZLICHT - UNTERWEGS IM LÄNDLE



Im Gespräch mit Schüler*innen in Ettenheim...



Veranstaltung zu 100 Jahre Frauenwahlrecht im Landtag...



Ausstellungseröffnung am Gymnasium Kenzingen...



Veranstaltung zu 100 Jahre Frauenwahlrecht in Denzlingen...

GLOBAL COMPACT FOR MIGRATION

MIGRATION GLOBAL ANGEHEN



Der Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration ist ein internationales Abkommen, das beim UN-Gipfel am 10. und 11. Dezember in Marrakesh unterzeichnet werden soll. Der Pakt soll Migration als globales Phänomen betrachten und die Rechte der Migrant*innen und der Herkunfts- und Aufnahmestaaten stärken. Insgesamt setzt sich das internationale Abkommen aus 23 Zielen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration zusammen. Hierunter fallen bspw. die Bekämpfung von Menschenhandel, die Schaffung von sicheren Fluchtrouten und die Gewährung von Grundleistungen für Migrantinnen und Migranten. Neben Ansätzen zur besseren Anerkennung von Fertigkeiten, Qualifikationen und Kompetenzen, soll auch eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Planbarkeit von Migrationsverfahren anvisiert werden. Insgesamt wurde der Pakt in einem partizipativen Verfahren unter Einbeziehung aller Mitgliedsstaaten über zwei Jahre hinweg ausgearbeitet.

Gerade rechtspopulistische Parteien stürzen sich momentan auf den Migrationspakt und verbreiten gezielt Fake-News, wonach Millionen von illegalen Migrant*innen über Europa herfallen werden. Dies ist schlicht und ergreifend falsch. Der GCM erfasst Migration zwar als globales Phänomen, betont jedoch in vielen Punkten ausdrücklich die Souveränität der unterzeichnenden Staaten. Da es sich um ein Abkommen und keinen internationalen Vertrag handelt, bedarf der Migrationspakt auch keiner Ratifizierung durch den Bundestag. Laut dem Bericht der Vereinten Nationen belief sich die Zahl der Migrant*innen weltweit auf über 258 Millionen im Jahr 2017. Hier ist der deutsche Ingenieur in Dubai genauso abgebildet, wie die philippinische Krankenschwester in Hongkong. Viele Staaten der Welt sind von der internationalen Migration abhängig. Die USA, Kanada und die Golf-Staaten haben jahrelange Erfahrung auf dem Gebiet der Koordinierung und Steuerung von Migration. Es ist daher nur sinnvoll, bei der internationalen Zusammenarbeit auf die Expertise anderer, erfahrenerer Staaten zu setzen. Der Migrationspakt ist eine Chance für Deutschland und ein Bekenntnis der internationalen Gemeinschaft zur multilateralen Zusammenarbeit. [Hier](#) finden Sie meine Plenarrede zum Migrationspakt vom 7. November 2018 im Landtag von Baden-Württemberg.

LANDESVORSITZENDER *ANDREAS STOCH GEWÄHLT*



Nach einem knappen Mitgliederentscheid, bei dem weder Leni Breymaier noch Lars Castellucci 50% der Stimmen hinter sich vereinen konnten, habe ich mich sehr darüber gefreut, dass mein Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch seine Kandidatur angekündigt hat.

Auf dem Landesparteitag in Sigmaringen hat Andi dann sehr knapp vor Lars gewonnen, ein Ergebnis, was mich sehr gefreut hat. Er gehört keinem Flügel an und er wird die Partei einen und uns auf die Landtagswahl 2021 vorbereiten. Gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen Sascha Binder als Generalsekretär ist die Fraktion jetzt wieder stark im Landesverband vertreten. Jetzt schauen wir nach vorne und widmen uns wieder Inhalten und weniger den Personen zu.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN LACHS WIEDERANSIEDLUNG IN DER ELZ



Im Rahmen unseres Sommerprogramms haben Johannes und ich unter Führung des Fischbiologen Klaus Blasel mit interessierten Bürgerinnen und Bürger die Elz erkundet. Immer wieder werden in der Elz Lachse gesichtet. Diese können jedoch aufgrund von Barrieren durch die Wasserkraftwerke, die nicht immer über Fischaufstiegshilfen verfügen, nicht bis zu den Laichplätzen die Elz hinaufschwimmen. Für die Wiederansiedlung von sogenannten Langdistanz-Wanderfischen (Bsp. Lachse) im Rheinsystem samt Nebenflüssen, müssten die Gewässer durchgängig gemacht werden - so auch die Elz. Wir sicherten daher zu, an dem Thema dranzubleiben und uns bei den zuständigen Stellen zu erkundigen. Im Rahmen einer parlamentarischen Initiative habe ich mich nun intensiv mit dem Thema beschäftigt und versucht den Sachverhalt aufzuklären.

Seit 2008 sind über 1,9 Millionen Euro in Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit im Leopoldskanal, der Elz und der Wilden Gutach investiert worden. An 18 Bauwerken wurde die Durchgängigkeit durch Fischaufstiegsanlagen hergestellt, jedoch sind 30 Bauwerke noch immer nicht durchgängig. Somit kommen hier insbesondere große Wanderfische kaum durch. Dies ist aber für den Lachs unerlässlich, meint die Interessengemeinschaft Elz. „Die durchgängige Anbindung aller für den Lachs wichtigen Habitate ist eine unbedingte Voraussetzung für die Wiederansiedlung des Lachses im Elzsystem“, so die IG-Elz in einer Stellungnahme. Zwar liegt momentan noch kein genauer Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen für die Herstellung der Durchgängigkeit in der Elz vor, das Landratsamt Emmendingen hat jedoch bereits sieben Wasserkraftbetreiber angeschrieben mit der Aufforderung, Anträge zur Herstellung der Durchgängigkeit ihrer Wehre vorzulegen. Eine Initiative, die die IG-Elz begrüßt. Meine parlamentarische Initiative finden Sie [hier](#).

Europa - Was geht das mich an?

Plastikabfälle an den Stränden und in den Weltmeeren stellen eine immer größere Gefahr für die Umwelt und Natur dar. Wenn sich bei der Herstellung und Verwendung von Kunststoffen nichts ändert, wird 2050 in den Ozeanen mehr Plastik schwimmen als Fische. Die einzige Lösung besteht darin, Kunststoffabfälle zu reduzieren, sie verstärkt zu recyceln und wiederzuverwenden. Dies ist Ziel der EU-Kunststoff-Strategie, die die EU-Kommission Anfang 2018 vorgelegt hat. **25 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle** fallen derzeit jährlich in Europa an und nicht einmal 30 Prozent davon wird recycelt. Mit einem ganzen **Bündel an Maßnahmen** will die EU hier **jetzt** gegensteuern und zugunsten der Umwelt Kunststoffabfälle reduzieren, kreislauforientierte Geschäftsmodelle stärken und auch die Hersteller stärker in Verantwortung nehmen. Dazu gehört u.a. auch ein [Richtlinienvorschlag der EU](#), den der Europa-Ausschuss des Landtags am 26. September 2018 beraten hat ([Landtagsdrucksache 16/4471](#)) und den die EU-Mitgliedstaaten entsprechend umsetzen sollen.

Kunststoffe sind langlebig, teilweise nicht abbaubar und finden sich inzwischen in den Mägen von Fischen und Meeressäugern. **Delfine, Wale oder Schildkröten verenden mitunter qualvoll.** Aktuelle Studien haben gezeigt, dass Kunststoffe bzw. Mikropartikel längst auch Bestandteil unserer Nahrung geworden sind – mit unabsehbaren Folgen. 80 bis 85 Prozent der Meeresabfälle sind Kunststoffe und wiederum 50 Prozent davon entfallen auf Einwegartikel wie z. B. Flaschen, Tüten, Lebensmittelverpackungen, aber auch Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme und Zigarettenpackungen. Hier setzt die EU-Richtlinie an. Solche Kunststoffartikel sind künftig nicht mehr zulässig, sondern müssen durch Produkte ersetzt werden, die vollständig aus umweltfreundlichen Materialien bestehen. **Die Mitgliedstaaten müssen dafür sorgen, dass weniger Verpackungen und Getränkebecher aus Kunststoff verwendet werden,** dass bei Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff bis zum Jahr 2025 eine Sammelquote von 90 Prozent erreicht wird und dass die Flaschen von da an zu mindestens 35 Prozent aus recyceltem Material bestehen. Auch werden die Hersteller künftig finanziell an der Entsorgung von Tüten und Folienverpackungen, Getränkeflaschen und -bechern oder Feuchttüchern beteiligt. Die Kennzeichnung muss so erfolgen, dass Verbraucher sofort sehen, dass das Produkt Kunststoff enthält, welche die negativen Umweltfolgen sind und wie der Artikel korrekt zu entsorgen ist. Dass das Bewusstsein und die Bereitschaft zum Umsteuern bei Herstellern und Verbrauchern gleichermaßen vorhanden sind, hatte im Vorfeld schon die öffentliche Konsultation der EU-Kommission gezeigt. **Demnach halten 98,5 Prozent der Teilnehmer Maßnahmen gegen Einwegkunststoffabfälle in den Meeren für „notwendig“, 95 Prozent für „notwendig und dringend“**, darunter 70 Prozent der Hersteller und über 80 Prozent der Marken- und Recyclingunternehmen. Derzeit stimmen die EU-Mitgliedstaaten ihre Position derzeit ab. Das EU-Parlament und der EU-Rat wollen bis zur Europawahl im Mai 2019 einen entsprechenden Gesetzestext vorlegen.

Dies ist der vierte Beitrag aus unserer Rubrik „Europa - Was geht das mich an?“. Bis zu den Europawahlen wird in jeder Ausgabe ein Artikel diesem Thema gewidmet sein.

#Europa